

23.07.2017

Inhalt:

Baumschutzsatzung	S. 01	SPD befürchtet Tod der Breitenkultur	S. 02
Hafenplan Völlen/Papenburg	S. 01	Streit um Zukunft der Kultur in Papenburg	S. 03
Besuch von Clemens Bollen bei Stadtratsfraktion	S. 02		

Juni 2008

Bechtluft: Bäume haben keine Lobby

Papenburg: Mehrheit für neue Baumschutzsatzung

YS PAPANBURG. Die Bäume in Papenburg sollen nach dem Willen des Stadtrates wieder unter Schutz gestellt werden. Bei sechs Gegenstimmen und einer Enthaltung hat das Kommunalparlament am Donnerstag den Entwurf einer entsprechenden Satzung grundsätzlich gebilligt und das Verfahren für deren Einführung auf den Weg gebracht. Nach der öffentlichen Auslegung wird darüber endgültig voraussichtlich im Herbst entschieden.



eindeutig festgelegt. Er bestritt zudem, dass die neue Satzung weniger Bürokratie nach sich ziehen werde als die alte. Er schlug deshalb eine erneute Beratung im zuständigen Fachausschuss vor. Dagegen befürwortete FDP-Fraktionsvorsitzender Laurens Westers die vorgelegte Fassung.

Gegen die Wiedereinführung einer Baumschutzsatzung sprachen sich Heinz Hartkens und Ewald Appel (beide CDU) aus. Man könne die Bürger für so mündig halten, dass sie mit den Bäumen sorgsam umgingen. Der zu erwartende Verwaltungsaufwand sei nicht gerechtfertigt, so Hartkens. Die vorgesehene Pflicht zu Ausgleichspflanzungen kommt laut Appel einer „Enteignung“ gleich. Außerdem seien die Regelungen des Entwurfs in Teilen so vage formuliert, dass willkürlichen Entscheidungen der Verwaltung Tür und Tor geöffnet seien.

on, zeigte sich von der Notwendigkeit einer neuen Satzung überzeugt. „Die Situation am Holzmarkt hat sich stark verändert. Es wird verstärkt mit Pellets und Holzhackschnitzeln geheizt. Hier müssen wir regulierend eingreifen.“

Seine Wandlung vom „Saulus zum Paulus“ gestand Bürgermeister Jan Peter Bechtluft. Bisher habe er eine Baumschutzsatzung für überflüssig gehalten. Es habe sich aber gezeigt, dass die bisher geltenden Schutzbestimmungen im Rahmen der Bebauungsplangestaltung nicht ausreichten. Bechtluft: „Die Bäume haben keine Lobby, aber einen gewissen Brennwert.“ Die neue Satzung stelle alle Bäume in der Stadt unter Schutz, wobei der bürokratische Aufwand im Vergleich zur alten deutlich geringer sei. Außerdem gebe es in begründeten Fällen die Möglichkeit für Ausnahmeregelungen.

Diese sind nach Ansicht von Hermann-Josef Averdung (FDP) allerdings in dem vorliegenden Entwurf nicht

Im Vergleich zur 2003 abgeschafften Satzung weist die neue einige Veränderungen auf. Zum Beispiel sind Bäume, die weniger als acht Meter von einem Gebäude entfernt stehen, nicht geschützt. Ebenfalls nicht von der Satzung betroffen sind Hölzer wie Birken, Erlen, Pappeln und Weiden. Für die Erteilung von Ausnahmen und Befreiungen sollen künftig keine Lagepläne oder Fotos der Bäume bei der Verwaltung vorgelegt werden müssen. Es reicht der Antrag „unter Darlegung der Gründe“, wie es im Satzungsentwurf heißt.

Wie berichtet, war die alte Baumschutzsatzung im Jahr 2003 abgeschafft worden. Eine Wiedereinführung – wenn auch in modifizierter Form – ist nach Ansicht der Ratsmehrheit inzwischen aber dringend geboten. Nikolaus Schütte zur Wick (Bündnis 90/Die Grünen) wies darauf hin, dass er sich schon seit langem für eine Wiedereinführung eingesetzt habe. Was in den vergangenen Monaten und Jahren passiert sei, könne er nur als „Trauerspiel“ bezeichnen, das jetzt ein Ende haben müsse. „Ich freue mich sehr über die Unterstützung aus allen Fraktionen“, so Schütte zur Wick.

SPD-Ratsherr Peter Raske betonte, dass es nicht darum gehe, den Bürgern bei der Gestaltung ihrer Grundstücke reinzureden. Die Baumfällaktionen, die in letzter Zeit zu beobachten gewesen seien, könnten jedoch nicht länger hingenommen werden.

Auch Sascha Kleinhaus, Vorsitzender der CDU-Frakti-

Zweifel an Hafen-Plan für Völlen

Politiker aus Papenburg stehen einem Interkommunalen Industriegebiet mit Westoverledingen skeptisch gegenüber.

Von Edgar Behrendt

PAPANBURG/VÖLLEN. Politiker des Papenburger Stadtrates äußern sich abwartend oder sogar ablehnend zu den Plänen, gemeinsam mit der Gemeinde Westoverledingen ein Interkommunales Industriegebiet auf die Beine zu stellen. Kürzlich war eine

meinde „nicht so wahnsinnig interessant sind“. Aufgrund der Auflagen könnten sich im Plangebiet keine richtig großen arbeitsplatzschaffenden Firmen ansiedeln. Seine Partei neige eher dazu, sich aus dem Vorhaben zu verabschieden, so Goldmann, der es für wichtiger hält, dass sich die Stadt Papenburg mit ihrem Hafen in die südliche Richtung gen Ems-Seitenkanal ausdehnt. Auch dafür gibt es bereits Pläne.

Ins gleiche Horn stößt auch Peter Raske von der SPD: Wegen der Emissionsbelastung sei auf Völlener Seite nur eine eingeschränkte Industrieansiedlung möglich.

von beiden Kommunen in Auftrag gegebene Machbarkeitsstudie vorgestellt worden, die dafür ein insgesamt 112

„Für Westoverledingen ist das nicht so wahnsinnig interessant“

Michael Goldmann

Seine Partei habe sich noch keine abschließende Meinung gebildet, doch lehne sie die Gründung einer

Hektar großes Areal – 71 Hektar auf Völlener sowie 41 Hektar auf Papenburger Seite – vorsieht. Michael Goldmann von der FDP sagt zwar: „Wenn Westoverledingen will, dann sind wir mit im Boot.“ Er weiß aber auch, dass die Pläne für die Nachbar-

lungsgesellschaft zum jetzigen Zeitpunkt ab. Dass Papenburg parallel ein Interkommunales Industriegebiet mit Westoverledingen realisiere und den Hafen in Richtung Süden erweitere, sei in finanzieller Hinsicht nicht zu verkraften, sagt Raske. Seite 20

Ems-Zeitung 28.06.2008

Juli 2008

Interkommunales Industriegebiet Papenburg/Völlen

Der Wecker.06.07.2008

Was will Westoverledingen?

Soll das gemeinsame Gewerbegebiet realisiert werden? Politiker in Papenburg warten ab, welche Ansage aus der Nachbargemeinde kommt.

Von Edgar Behrendt

PAPENBURG/VÖLLEN. „Um entscheiden zu können, sind weitere Informationen über die Planungen im Hafengebiet Süd und über potentielle Ansiedler des Interkommunalen Hafens notwendig“, sagt Peter Raske (SPD), der weitere



Michael Goldmann (FDP).

Diskussionen in den Ausschüssen für notwendig hält. Er stellt aber schon jetzt klar, dass er eine Entscheidung für das Industriegebiet mit Westoverledingen „gegen die Bevölkerung von Völlen für nicht vertretbar hält“.

„Wir wollen keinen Ärger mit Westoverledingen“, sagt auch Michael Goldmann (FDP). Die „größere Perspektive“ biete für ihn die Ausdehnung des Hafengebietes in Richtung Bokel. Dafür sollten die Weichen gestellt werden. Vorteile sieht Goldmann auch aus verkehrstechnischer Sicht: „Es ist doch so, dass die Rheiderlandstraße sowieso verlegt werden muss“, stellt er fest. Burkhard Remmers (CDU) sieht das Interkommunale



Peter Raske (SPD).

Gewerbegebiet als „Chance“. Auch er will erst wissen, wie sich die Nachbargemeinde entscheidet: „Der Ball liegt bei den Westoverledingern“. Ob auch er die Ausdehnung des Hafens Süden für sinnvoller hält? „Das eine tun, das andere nicht lassen“, sagt er. Dass es für die Stadt keinen „Plan A“ und keinen „Plan B“ gibt, stellt Pressesprecher Matthias Heyen, fest. Man sehe vielmehr die Notwendigkeit, ergänzend zu den Plänen für ein Gewerbegebiet mit Westoverledingen auch Pläne zu entwickeln, die eine Erweiterung des Ha-



Burkhard Remmers (CDU).

fengebietes über die Rheiderlandstraße hinweg beinhalten. „Wir denken in beide Richtungen“, stellt Heyen fest. Sollte sich der Rat in Westoverledingen für das gemeinsame Industriegebiet entscheiden, werde die Gründung einer Entwicklungsgesellschaft auf den Weg gebracht, sagt er.

„Der Ball liegt bei den Westoverledingern“
Burkhard Remmers

CDU-Umfrage

Um zu erfragen, ob die Bürger im Süden Westoverledingens – Völlen, Völlenerfehn und Völlenerkönigsfehn – für oder gegen das Interkommunale Gewerbegebiet sind, lässt der CDU-Gemeindeverband Westoverledingen heute als Beilage im „Wecker“ ein Formular an 2100 Haushalte verteilen. Bis zum 21. Juli soll dieses zurückgegeben werden.

Der Wecker, 06.07.2008

Clemens Bollen verspricht SPD-Stadtratsfraktion Unterstützung

Clemens Bollen, MdB, nahm die Gelegenheit beim Besuch einer Fraktionssitzung des SPD-Stadtrates unter Beteiligung von SPD-Vorstandsmitgliedern wahr, um die Auswirkungen der aktuellen Entscheidungen der großen Koalition für die Kommunalpolitik zu erläutern. Gleichzeitig versprach er, die SPD in Papenburg bei der Umsetzung ihrer kommunalpolitischen Ziele zu unterstützen.

Sehr schnell konnte Einigkeit über die Problematik der Verschlickung des Papenburger Hafens hergestellt werden. Clemens Bollen versicherte, dass er sich weiterhin dafür einsetzen werde, dass hier eine Lösung unter finanzieller Beteiligung des Bundes herbeigeführt werde. Das könnte eventuell auch der Bau einer Schleuse beim Emssperrwerk sein.

Weiter betonte Bollen die Notwendigkeit einer Energiewende. Dafür müssen regenerative Energien weiter massiv ausgebaut werden. Insbesondere die Investition in Energieeinsparung und Energieeffizienz stehe dabei im Vordergrund.

Für die Zukunftsaufgaben war er sich mit den Sozialdemokraten darüber einig, dass es vordringliche Aufgabe sei, in der Bundesrepublik soziale Gerechtigkeit zu

gewährleisten. Dazu gehöre die Überprüfung eines Teils der Hartz-Gesetzgebung ebenso wie die Förderung eines öffentlichen Beschäftigungssektors für die Menschen, die auch auf lange Sicht Probleme haben, im 1.Arbeitsmarkt Beschäftigung zu finden.



SPD-Fraktion ist besorgt über Entwicklung der Kulturarbeit in Papenburg

Nach der Verabschiedung von Dr. Krieger zeigte sich die SPD-Fraktion von Papenburg besorgt über die zukünftige Verankerung der Kultur in Papenburg. Während Dr. Krieger bei der VHS noch maßgeblich seine Nachfolge mit regeln konnte, gab es für die Verantwortung des Kulturbereichs in der Stadtverwaltung leider nur eine Übergangsregelung. Die SPD-Fraktion befürchtete, dass diese freiwillige Aufgabe in der Stadtverwaltung zukünftig nicht mehr die Rolle spielen würde, wie dies unter Leitung von Dr. Krieger gegeben war.

Die SPD-Fraktion würdigte die Leistung von Dr. Krieger. Er setzte in drei Jahrzehnten herausragende Akzente für den Aufbau einer Kulturlandschaft in Papenburg. Neben der Villa Dieckhaus und dem Bau des kleinen Theaters im Forum waren dies vor allem Gut Altenkamp und die Malschule Zinnober. SPD-Fraktionschef Hartmut Bugiel zeigte sich besorgt über die Weiterentwicklung der Kulturarbeit in Papenburg.

Ratsherrn Peter Raske kritisierte, dass im Vorfeld des Ausscheidens weder im Verwaltungsausschuss noch im Kultur-

23.07.2017

ausschuss die zukünftigen Strukturen der Kulturverwaltung angesprochen wurden. Stattdessen wurde lieber über ein plattdeutsches Lesebuch für Kinder und andere kurzfristige Projekte diskutiert. Selbst die Zukunft der Malschule Zinnober wurde kurzfristig von der Tagesordnung des Kulturausschusses genommen. Wer sich an die Diskussion über die Mittelkürzung bei der Malschule und den Verlust des Studios der Ems-Vechte-Welle in Papenburg erinnerte, der musste Schlimmstes befürchten für die zukünftige Stellung der Kultur in der Stadt Papenburg.

Die SPD-Fraktion mutmaßte, dass die Kultur zukünftig der Entscheidung des Rates entzogen und privaten Trägern übertragen würde. Dies könnte nach Auffassung von Peter Raske den Tod der Breitenkultur bedeuten, weil dadurch die Preisgestaltung für kulturelle Aktivitäten den Gesetzen des Marktes unterworfen würden. Günstige Abonnements für Schüler, Rentner oder andere geringer Verdienende wären dann nicht mehr möglich

SPD befürchtet Tod der Breitenkultur in Papenburg

Kritik an fehlender Diskussion über neue Strukturen in politischen Gremien – „Leider nur Übergangslösung“

PAPENBURG. Besorgt über die zukünftige Verankerung der Kultur in Papenburg ist die SPD-Fraktion im Papenburger Stadtrat. Die Sozialdemokraten befürchten, dass diese freiwillige Aufgabe in der Stadtverwaltung zukünftig nicht mehr die Rolle spielen wird, wie dies unter Leitung von Dr. Rainer Krieger, der am Freitag in den Ruhestand verabschiedet wurde (wir berichteten), gegeben war.

In einer Mitteilung der SPD heißt es: „Während Dr. Krieger, der in drei Jahrzehnten herausragende Akzente für den Aufbau einer Kulturlandschaft in Papenburg gesetzt habe, bei der VHS noch maßgeblich seine Nachfolge mitregeln konnte, gibt es für die Verantwortung des Kulturbereichs in der Stadtverwaltung leider nur eine Übergangsregelung.“

Die Angst um die Zukunft der Kultur begründet SPD-

Ratsherr Peter Raske. Er kritisiert, dass im Vorfeld des Ausscheidens von Dr. Krieger, „weder im Verwaltungsausschuss noch im Kulturausschuss die zukünftigen Strukturen der Kulturverwaltung angesprochen wurden“. Stattdessen sei lieber über ein plattdeutsches Lesebuch für Kinder und andere kurzfristige Projekte gesprochen worden. Raske: „Selbst die Zukunft der Malschule Zinnober wurde kurz-

fristig von der Tagesordnung des Kulturausschusses genommen. Wer sich an die Diskussion über die Mittelkürzung bei der Malschule und den Verlust des Studios der Ems-Vechte-Welle in Papenburg erinnert, der muss Schlimmstes befürchten für die zukünftige Stellung der Kultur in der Stadt Papenburg.“

Die SPD-Fraktion sieht die Gefahr, dass die Kultur zukünftig der Entscheidung des

Rates entzogen wird und Aufgaben privaten Trägern übertragen wird. Raske: „Das könnte den Tod der Breitenkultur bedeuten, weil dadurch die Preisgestaltung für kulturelle Aktivitäten den Gesetzen des Marktes unterworfen werden.“ Günstige Abonnements für Schüler, Rentner oder andere geringer Verdienende wären dann nach Überzeugung der Sozialdemokraten nicht mehr möglich.

Ems-Zeitung 21.07.2008

„Über künftige Strukturen nicht gesprochen“

POLITIK Papenburger SPD besorgt über weitere Entwicklung der Kulturarbeit

PAPENBURG - Nach der Verabschiedung von Dr. Rainer Krieger ist die Papenburger SPD-Fraktion besorgt über die zukünftige Verankerung der Kultur in Papenburg. In einer Pressemitteilung schreibt Peter Raske: „Während Dr. Krieger bei der VHS noch maßgeblich seine Nachfolge mitregeln konnte, gibt es für die Verantwortung des Kulturbereichs in der Stadtverwaltung

leider nur eine Übergangsregelung.“ Die SPD-Fraktion befürchtet, dass diese freiwillige Aufgabe in der Stadtverwaltung künftig nicht mehr die Rolle spielen wird, wie es unter Leitung Kriegers war. Krieger habe herausragende Akzente für den Aufbau einer Kulturlandschaft in Papenburg gesetzt.

SPD-Fraktionschef Hartmut Bugiel ist nun aber be-

sorgt über „die Weiterentwicklung der Kulturarbeit in Papenburg“. Ratsherr Peter Raske kritisiert, dass „im Vorfeld des Ausscheidens weder im Verwaltungsausschuss noch im Kulturausschuss die zukünftigen Strukturen der Kulturverwaltung angesprochen wurden“. Raske: „Stattdessen wurde lieber über ein plattdeutsches Lesebuch für Kinder und andere kurzfristi-

ge Projekte diskutiert.“ Selbst die Zukunft der Malschule Zinnober wurde kurzfristig von der Tagesordnung des Kulturausschusses genommen.

Die Sozialdemokraten befürchten, dass kulturelle Belange künftig der Entscheidung des Rates entzogen und privaten Trägern übertragen werden. Das könne sich auf die Preisgestaltung auswirken.

General Anzeiger, 21.07.2008

Stellenwert der Kultur zeigt sich auch an dem Status in der Verwaltung

SPD-Ratsherr Peter Raske kritisierte den CDU-Fraktionsvorsitzenden Sascha Kleinhaus. „Obwohl er auf der Verabschiedungsfeier von Dr. Krieger anwesend war, scheint er von den Reden nichts mitbekommen zu haben“, erklärte Peter Raske: „Erfolgreiche Kulturarbeit in Papenburg war neben der Persönlichkeit von Dr. Krieger begründet in der Struktur seines Amtes, wie er in die Verwaltung eingebunden war.“

Die Doppelfunktion, Leiter der VHS zu sein und als Kulturreferent zeitweise zur Dezernentenrunde in der Verwaltung zu zählen, war ausschlaggebend für die Stellung und den Erfolg der Kulturarbeit. Kultur war im Zentrum der Entscheidungsträger angesiedelt. Das Standbein für Dr. Krieger in der Kulturarbeit war das Amt des Kulturreferenten in der Verwaltung und das Spielbein war die VHS, die übrigens zu seiner Zeit als gewichtige Größe der Verwaltung galt.

Für Peter Raske war die Anbindung des Verantwortlichen für Kultur als Stabsstelle beim Bürgermeister nicht ausreichend. Er wünschte die Verantwortung für die Kultur auf Dezernentenebene angesiedelt besetzt mit einem Fachmann bzw. einer Fachfrau.

Statt über die strukturellen Fragen der Anbindung der Kulturarbeit im Vorfeld der Verabschiedung von Dr. Krieger mit allen Fraktionen zu reden, entschied sich die Verwaltung, die Stelle „kommissarisch“ zu besetzen. Dies war zwar auf der Ebene der getroffenen Personalentscheidung durchaus ihr gutes Recht. Eine kommissarische Aufgabenwahrnehmung aber ist die vertretungsweise Wahrnehmung der Amtsgeschäfte. Herr Dr. Krieger befand sich im Ruhestand. „Wer soll also vertreten werden?“ fragte Peter Raske. Wenn man die Kultur in Papenburg festigen wollte, dann hätte man einen Nachfolger präsentiert ohne die Gewichtung „kommissarisch“.

Politischer Streit um Zukunft der Kultur in Papenburg

CDU und FDP weisen SPD-Befürchtungen zurück – Kleinhaus: Etat erheblich erhöht – FDP stolz auf Nachfolge-Entscheidung

PAPENBURG. Heftige Kritik an der von der SPD-Stadtratsfraktion geäußerten Befürchtung, dass nach der Verabschiedung von Kulturreferent Dr. Rainer Krieger ein Tod der Breitenkultur in der Kanalstadt drohe, äußern die CDU und FDP.

Die Parteien aus dem „Bündnis für Stadtentwicklung“ sehen in ihren Pressemitteilungen keinen Grund zur Sorge mit Blick auf die Nachfolge von Dr. Krieger. CDU-Fraktionschef Sascha Kleinhaus teilte mit: „Von ei-

ner nicht geregelten Personalsituation im Kulturbereich kann nicht die Rede sein. Die Entscheidung, Herrn Malorny als engsten Mitarbeiter von Dr. Krieger kommissarisch die Verantwortung zu übertragen, ist im Verwaltungsausschuss besprochen worden.“ Eine Führungsposition mit einer Bewährungsphase zu versehen, „ist völlig angemessen und wird vom SPD-Ratscherr Peter Raske völlig zu Unrecht als Übergang bezeichnet.“

Ähnlich sehen es die Liberalen. „Wenn Herr Malorny, den wir für einen Nachfolger mit Kompetenz halten, dieses Amt zunächst auch nur kommissarisch übernimmt, so ist doch davon auszugehen, dass gerade er die Arbeit Dr. Kriegers kontinuierlich fortführen wird“, schreibt die FDP, die für die Fortsetzung des langjährigen erfolgreichen Kurses in der Kulturpolitik plädiert. „Das Kulturangebot der Stadt Papenburg wirkt sich seit Jahren auch besonders positiv auf den

Tourismus aus.“ Im Übrigen sei die Entscheidung für Malorny auf Anregung Dr. Kriegers getroffen worden und „aus unserer Sicht können wir auf diese Entscheidung stolz sein“.

„Vorschläge machen“

Die CDU geht in ihrer Stellungnahme auch auf die weiteren Kritikpunkte der SPD ein, die eine Mittelkürzung für den Kulturbereich mit Blick auf Entscheidungen vor einigen Jahren befürchtet. „Im aktuellen Haushalt, den

die SPD bekanntlich abgelehnt hat, ist der Kulturetat erheblich angehoben worden.“

Kleinhaus stellt in diesem Zusammenhang fest, dass sich kulturelle Angebote nur sozialverträglich finanzieren lassen, „wenn die Kasenslage einer Stadt entsprechend ist“. Hier sei an die Aussage der SPD zu erinnern, dass die Stadt ihr Geld im Hafen versenke. Kleinhaus: „Gerade aber die Leistungsfähigkeit der heimischen Wirtschaft mit ihrem

hohen Steueraufkommen und ihren Arbeitsplätzen versetzt uns in die Lage, dieses Kulturangebot auch weiterhin bezahlbar vorzuhalten.“

Der Fraktionschef der Christdemokraten fordert die SPD zudem, mit der ständigen Kritik aufzuhören. „Wenn die Kulturpolitik aus Sicht der Sozialdemokraten nicht den Stellenwert hat, wie sie ihn sich wünschen, dann sollen sie doch einfach mal Vorschläge machen, wie es denn sein soll.“

Ems-Zeitung 26.07.2008

August 2008

„Kulturarbeit ist gesichert“

Kampeling weist SPD-Vorwürfe zurück

PAPENBURG. In den politischen Streit um die Zukunft der Kultur in Papenburg hat sich jetzt der Vorsitzende des Kulturausschusses, Lukas Kampeling (CDU), eingeschaltet. Er verteidigt in einer Mitteilung die von der SPD kritisierte Nachfolgeregelung für den bisherigen Kulturamtsleiter Dr. Rainer Krieger. „Nach der Verabschiedung des bisherigen Leiters hat jetzt der zunächst kommissarisch mit den Führungsaufgaben betraute Marco Malorny die Möglichkeit, seine Innovation, Kreativität und sein Verhandlungsgeschick unter Beweis zu stellen.“ Überhastetes Handeln sei völlig unnötig und wäre schädlich, so der Ausschussvorsitzende.

Mit Blick auf die von der SPD geäußerte Befürchtung, die Breitenkultur würde künftig einen weniger hohen Stellenwert genießen, weist Kampeling auf die bereits bis zum Jahr 2010 laufenden Planungen für das Kulturprogramm hin. „Eine kontinuierliche Fortführung der Kulturarbeit ist somit gesichert und auch politisch gewollt“, betont er. Für alle Bildungs- und Bürger-

schichten würden in Papenburg erschwingliche Kulturangebote gemacht. „Und das wird auch so bleiben.“

Ein besonderes Zeichen für den hohen Stellenwert der Kultur sieht Kampeling in den „Ersten Papenburger Kulturtagen“, die für das kommende Jahr geplant sind. Bei der Präsentation der bisherigen Planungen durch den interfraktionellen Arbeitskreis im Juni habe sich Peter Raske begeistert gezeigt. „Er hob besonders hervor, dass bei diesen Kulturtagen das breite Bürgertum zu sehr kostengünstigen Preisen eingebunden ist“, so Kampeling. Umso mehr erstaune es ihn jetzt, dass Raske das Sterben der Kultur in Papenburg befürchtet.

Des Weiteren verteidigt der Kulturausschussvorsitzende das Projekt des plattdeutschen Kinderbuchs, nachdem Peter Raske (SPD) es seiner Auffassung nach als nicht wichtig eingestuft hat. „Dass unter Kultur nicht nur Theater und Konzerte zu verstehen sind, sondern die Gesamtheit der Lebensformen einer menschlichen Gruppe, scheint Peter Raske nicht so sehr zu interessieren“, so Kampeling.

Ems-Zeitung 02.08.2008